

# Platz abbeck

Nr. 8, Oktober 2003

Zeitung der PDS Offenen Liste im Rat der Stadt Köln  
V.i.S.d.P. PDS Ratsgruppe, Haus Neuerburg, Gülichplatz 3, 50667 Köln,  
Telefon: 221-27840 Fax: 221-27841, e-mail: pds-gruppe@stadt-koeln.de

## Köln lernt von Bergisch-Gladbach

*Bergisch-Gladbach hat Köln gezeigt, wie ein Bürgerentscheid erfolgreich durchgeführt werden kann. 22.338 Einwohner stimmten beim Bürgerentscheid für die Unterbindung des Cross-Border-Leasing Geschäfts. Wir möchten erst einmal ganz herzlich gratulieren! Einen erfolgreichen Bürgerentscheid hat Köln noch nicht zu Stande gebracht. Deshalb kann man wohl sagen, von Bergisch Gladbach lernen heißt siegen lernen!*

*26,9% der Einwohner beteiligten sich an der Abstimmung. Davon stimmten 96,5% mit Ja. In Paffrath betrug die Wahlbeteiligung sogar 29,4%. Also deutlich über der 20%-Marke, die erforderlich sind, damit der Bürgerentscheid gültig ist.*

*Die schwarz-grüne Koalition im Kölner Rathaus sollte langsam gemerkt haben, dass sich die öffentliche Meinung in Sachen Cross-Border-Leasing (CBL) verändert hat. Viele Menschen sehen diese Geschäfte inzwischen sehr kritisch und schütteln nur noch den Kopf über derartige riskante Vorhaben. Der wdr und die StadtRevue haben sich mit dem Thema in letzter Zeit intensiv auseinandergesetzt. Wasser, ein wichtiges Nahrungsmittel war u.a. der Slogan.*

*Die Diskussion über die öffentliche Daseinsvorsorge hat sich auch in den letzten Monaten verstärkt. Nicht zuletzt der Stromausfall in den USA wirft die Frage auf, wie ist es mit unseren kommunalen Einrichtungen bestellt ist?*

*In der vergangenen Woche wurden die Kölner Wasserwerke von einem amerikanischen Arrangeur besichtigt. D.h. Herr Haumann und Herr Rappke verfolgen den Trinkwasser-Deal weiter. Bei Schwarz-Grün hat die Begeisterung in Sachen CBL stark nachgelassen. Sollten die Grünen und die CDU an den Leasing-Geschäften festhalten, muss in Köln auch ernsthaft über ein Bürgerbegehren und einen Bürgerentscheid diskutiert werden. Die Erfahrung zeigt, nur mit einem breiten Bündnis vieler unterschiedlicher Kräfte ist ein solcher Schritt auch erfolgreich.*

Jörg Detjen

## Hartz trifft hart

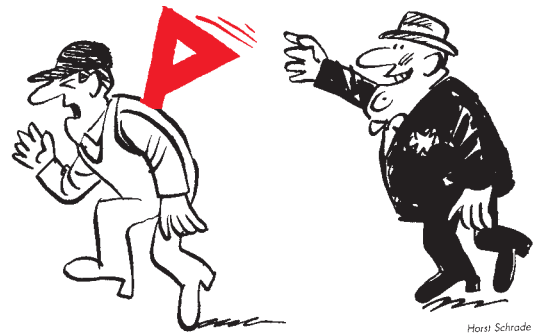
In diesem Monat steht die Entscheidung über die Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe im Bundestag zur Abstimmung. Sollten die Pläne der Bundesregierung eine Mehrheit finden, würde dies zur Absenkung des Leistungsniveaus der Arbeitslosenhilfe auf monatlich 343 Euro führen. Gegenwärtig beträgt die Arbeitslosenhilfe über 50 Prozent des letzten Nettogehaltes; statistisch liegt sie bei 500 bis 600 Euro. Aus diesen Zahlen lässt sich ableiten, welche dramatische Veränderung das für das soziale Gefüge in Deutschland bedeutet.

Jeder Arbeitnehmer und jede Arbeitnehmerin, egal ob Akademiker, Abteilungsleiter, Sachbearbeiter oder Arbeiter hat, soweit er arbeitslos wird, nur noch eine Galgenfrist von 12 Monaten, um sich ein neue Stellung zu suchen. Gelingt ihm dies nicht, stehen ihm nur noch Almosen zu, von denen niemand leben kann.

Flankiert wird die Absenkung des Leistungsniveaus durch eine Verschärfung der Zumutbarkeitskriterien bei der Vermittlung neuer Jobs. Der Arbeitslose muss dann jede Art von Beschäftigung annehmen, um weiterhin die staatlichen Almosen, genannt Arbeitslosenhilfe II., bekommen zu können. Damit orientiert man sich ganz offensichtlich an der amerikanischen Arbeitsmarktpolitik. Dabei verkennt man, dass die Mentalitäten der Bevölkerung sehr unterschiedlich sind. Nach wie vor geistert in vielen Personalbüros das Wort von der „Überqualifizierung“ herum. Einem Arbeitslosen bleibt somit, soweit er oder sie in seinem bisherigen Beruf keine neue Stelle findet, nur noch Totalabstieg in Niedriglohnjobs.

Die Bestrebungen der Bundesregierung werden folglich zu einer Ausweitung des Niedriglohnsektors und damit zur einer Reduzierung des gesamten Lohnniveaus aller Erwerbstätigen führen.

Stattdessen fordert die PDS-Offene Liste mehr Beschäftigungsförderungsprogramme zur Schaffung neuer Arbeitsplätze. Insbesondere müssen die kommunalen Beschäftigungsprogramme für Behinderte, Obdachlose, Drogenabhängige und Straftentelassene fortgeführt werden. Es kann und darf nicht sein, dass Großunternehmen durch günstige Abschreibungen keine Ge-



werbsteuer zahlen müssen und die Stadt Köln diese Mindereinnahmen durch Kürzungen gerade bei den sozial schwachen kompensiert. Letzteres geschieht bereits bei den Ausgaben für einmalige Leistungen nach BSHG, z. B. beim Kleidergeld. Dort sind die Jahresausgaben von 1997 bis 2002 von 930 auf 755 Euro gefallen.

Die PDS-Offene Liste wird daher dem gemeinsamen Antrag von CDU und Bündnis 90/Die Grünen in der Ratssitzung am 7. Oktober 2003, in dem die sogenannten Hartzgesetze grundsätzlich begrüßt werden, ablehnen. Sengül Senol

## Hat Köln bald zwei MVA's?

Die GEW RheinEnergie will sich an der TK Umweltdienste Bonn GmbH mit 50% beteiligen. Die Gesellschaft ist schwerpunktmäßig im Stadtgebiet Bonn, dem Kreis Ahrweiler tätig. Auf diesem Wege bekommt Köln eine zweite Müllverbrennungsanlage. Wie heißt es so schön in der Verwaltungsvorlage: „Einen zweiten Schwerpunkt stellt im Rahmen eines regionenübergreifenden Mengenmanagements die Belieferung der MVA Bonn mit Müllmengen dar.“ Was ist damit wohl gemeint? Etwa die 200.000 Tonnen, die in Köln inzwischen seit Jahren zu viel verbrannt werden? Wohl kaum!

Die IHK und die Handwerkskammer lehnen den Schritt in eigenen Stellungnahmen ab. Ver.di begrüßt den Schritt. Der Hinfuss an dem Beschluss ist, dass sich Köln mit seinen kommunalen Betrieben immer weiter an den RWE-Konzern bindet, der nämlich auch 50% des Bonner Unternehmens hält. Ob das Bundeskartellamt schon gefragt wurde? jöd

Seit 1995 gibt es das Projekt „Kennzahlenvergleich für die Hilfe zum Lebensunterhalt“. Inzwischen sind es 16 der größten deutschen Städte, unter ihnen auch Köln, die durch Vergleichsdaten „Schlussfolgerungen für eine bessere und effizientere Sozialhilfegewährung“ ziehen wollen.

In der Haushaltskonsolidierungsdebatte wurden in Köln folgende Themen einbezogen: Einmalige Leistungen, Kosten der Unterkunft, Einnahmen (z.B. Unterhalts-heranziehung).

2002 lag Köln bereits mit 61 Hilfeempfängern je 1000 Einwohner leicht unter dem Durchschnitt der Vergleichsstädte, im Laufe dieses Jahres nahm die Zahl noch einmal um 1,7 Personen auf 1000 Einwohner ab.

Instrumente dieser Abnahme sind z.B. Vermittlung von preisgünstigem Wohnraum statt Hotelunterbringung, aber auch umstrittene Maßnahmen wie „Optimierung der Bedarfsprüfung“, die von vielen Hilfesuchenden als entwürdigend empfunden wird. Daneben greifen angeblich bessere Arbeitsvermittlung, Schuldnerberatung und „persönliche Hil-

## Kennzahlenvergleich zeigt:

# Immer weniger Sozialhilfe

fen“, aber auch „Sonstige Maßnahmen der wirtschaftlicheren Gestaltung der Hilfegewährung unter Wahrung der sozialhilferechtlich gebotenen Bedarfsdeckung (z.B. Ausschreibung von Elektrogeräten etc.)“.

Vor dem Hintergrund dieser Zielvorstellungen ergeben sich für die Sozialverwaltung insgesamt sicherlich erfreuliche, für die Betroffenen aber eher triste Zahlen:

So stiegen die Jahresausgaben pro „Fall“ von 5.490 Euro in 1997 auf 5.872 Euro.

Das liegt nicht daran, dass etwa die So-

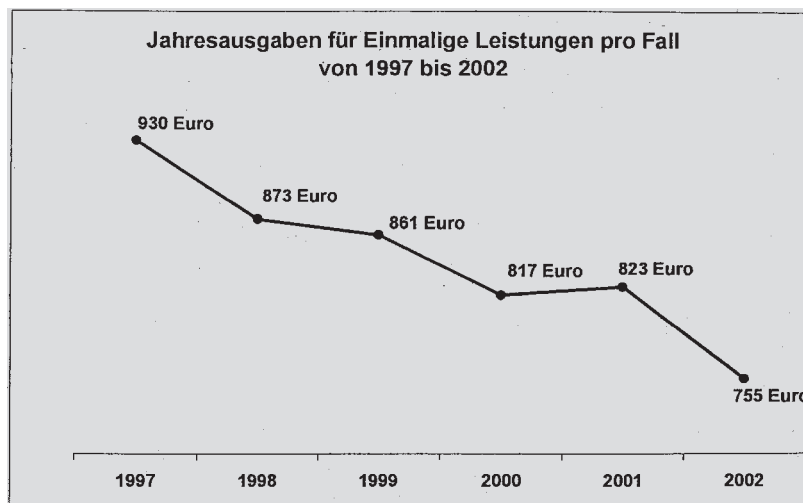
zialhilfe wesentlich erhöht wurde (es gab eine Regelsatzanhebung um 2 %), sondern dass es immer mehr „Bedarfsgemeinschaften mit vergleichsweise höheren Bedarfen bzw. geringeren anrechenbaren Einkünften – sprich: Alleinerziehende mit Kindern, Familien, Rentner – gibt.

Besonders drastisch (die Verwaltung nennt das „positiv“) ist die Entwicklung auf dem Gebiet der „einmaligen Leistungen“.

Hier sanken die Leistungen (s. Schaubild) von 930 Euro im Jahre 1997 auf 755 Euro in 2002. Hier liegt Köln weit unter dem Durchschnitt der Vergleichsstädte (900 Euro).

Die Gesamtsumme der Jahresausgaben für Einmalige Leistungen sank von 34.354 Euro im Jahr 1996 auf 23.441 Euro in 2002.

Eine beeindruckende Erfolgsbilanz: rund 10.000 Euro konnten an den etwa 60.000 Sozialhilfeempfängern in dieser Stadt „eingespart“ werden. Vielleicht sollte man einen „Kennzahlenvergleich“ auch bei Großprojekten wie Stadionbau oder weiteren Prestige-„Karrees“ einführen?  
hum



## Die „Klaukids“-Kampagne nimmt kein Ende

Das Abschreckungskonzept der Kölner Ratsmehrheit gegenüber Flüchtlingen ist gescheitert. Dank der Beharrlichkeit einer demokratischen Öffentlichkeit wurde jetzt endlich das Schiff geräumt, auf dem bisher Dutzende von Familien zusammengepfertcht waren.

Jetzt versucht es die FDP von einer anderen Flanke – das neue Schlagwort heißt „Kinderkriminalität“. Ein Thema, das Emotionen schürt. Das „Heilmittel“: Kinderknäste! Die Politik täte gut daran, das Thema „Kinderkriminalität“ sensibel zu behandeln. Es gibt in der Verwaltung und beim Landschaftsverband Rheinland viele qualifizierte Kräfte, die an dem Problem arbeiten. Wir begrüßen ausdrücklich, dass der Landschaftsverband Rheinland am 13. November eine Fachtagung zum Thema „Klaukinder, eine Aufgabe für die Jugendhilfe?“ durchführt.

Bereits 1998 hatte sich der Jugendhilfeausschuss mit dem Thema befasst. In der Dokumentation des Jugendamtes warnte Christian Lüders vom Deutschen Jugendinstitut: „Noch folgenreicher

scheint mir zu sein, dass die Kinder- und Jugendhilfe es bislang versäumt hat, ihre fachliche Perspektive glaubwürdig darzustellen, mit dem Effekt, dass sie beginnt, die Zuständigkeit für gerade schwierige Kinder und Jugendliche zu verlieren.“

Wir brauchen eine Politik der Integration und keine Politik des Wegschließenes oder das Abfeuern von Warnschüssen. Und die Politik der Integration müssen wir mit den sozialen Trägern entwickeln. Deshalb muss der Rat diese Prozesse fördern. Wenn wir hören, dass das Projekt „Schaworalle“ daran scheitert, dass bis heute keine geeigneten Räumlichkeiten gefunden wurden, dann muss hier Druck gemacht werden. Die Gebäudewirtschaft muss die Sozialverwaltung durch geeignete Räume unterstützen.

Und jeder Sozialpolitiker weiß, dass gerade bei knappen Kassen die Unterbringung in geschlossenen Heimen unerträglich werden kann. In einem Aufsatz im Zentralblatt für Jugendrecht „Inobhutnahme und geschlossene Unterbringung“, warnt Prof. Dr. Wolffersdorf:

„Unter den gegebenen, restriktiven finanziellen Rahmenbedingungen ... bei der Einführung geschlossener Heime nichts anderes herauskommen (kann) als eine Billigvariante problematischer Sonderbetreuung, mit der die knappen Ressourcen der Jugendhilfe noch mehr, als in den letzten Jahren ohnehin schon der Fall war, aus dem Präventionsbereich abgezogen würden.“

Wir müssen Entfaltungsraum für Jugendliche schaffen. Wir müssen die Jugendeinrichtungen nicht nur erhalten, sondern auch stärken. Wir müssen auf alle Kinder und Jugendlichen zugehen und nicht abstellen oder wegschließen.

Die bisherige Gesetzgebung bietet ausreichend Möglichkeiten, Fehlritte bei Jugendlichen zu ahnden.

Wir brauchen eine emanzipatorische Politik, die Lebensraum eröffnet und erweitert. Wir brauchen keine geschlossenen Türen, sondern eine freie weltoffene Stadt, die mit allen Kräften die gesellschaftlichen Probleme friedlich löst!

Jörg Detjen

### ■ Nippes

## Der Bauwagenplatz kommt nach Nippes

In der Sitzung der BV Nippes am kommenden Donnerstag werden von FDP und SPD Anfragen bezüglich des Umzuges der Bauwagenleute von der Inneren Kanalstraße nach Nippes vorliegen. Die Fragen beziehen sich auf den Ablauf der Verhandlungen zwischen Stadtverwaltung und den Menschen vom Bauwagenplatz.



Die BV beklagte bereits vor der Sommerpause mehrheitlich, dass der Umzug ohne das Wissen der BV beschlossen worden ist. Sicherlich ist es nicht richtig die BV in die Verhandlung nicht einzubeziehen. Das von Seiten der BV aus zu bemängeln, ist richtig. Es ist die Verantwortung der Stadtverwaltung und des Rates dafür zu sorgen, dass alle Beteiligten bei den Verhandlungen am Tisch sitzen. Dass dies nicht geschehen ist, ist bedauerlich. Umso wichtiger ist es, dass nun von der BV alles daran gesetzt wird, dass die Bauwagenleute in Nippes freundlich aufgenommen werden.

Michael Weisenstein  
(M.d.B.V Köln - Nippes)

### ■ Ehrenfeld

## Veranstaltung zur Interkulturellen Woche

Knapp 100 Ehrenfelder, Vertreter von Sport- und Jugendvereinen, örtliche und städtische Politikerinnen kamen ins Bürgerzentrum Ehrenfeld zur Eröffnungsveranstaltung der diesjährigen „Interkulturellen Woche“.

In seiner Begrüßung unterstrich Bezirksvorsteher Josef Wirges den Stellenwert von Ansprechpartnern „vor Ort“ gerade für Jugendliche mit Migrationshintergrund – immerhin inzwischen 46 Prozent. Er wandte sich deshalb erneut gegen die Reduzierung der Jugendpflegerstellen von neun auf fünf und forderte für den Bezirk mit seinen sozialen Brennpunkten eine eigene Stelle. Zum Motto der Woche „Integrieren statt Ignorieren“ sprach Dr. José

Sanchez Otero, Leiter des Landesentrums für Zuwanderung des Landes NRW. Er erinnerte an den Wandel des Begriffes „Interkulturalität“ seit der Zeit, als die „Interkulturelle Woche“ noch „Woche des ausländischen Mitbürgers“ hieß. Integration, so Otero, sei nicht in erster Linie eine Frage von ethnischen oder kulturellen Faktoren, sondern von sozialen Bedingungen. Dazu gehören nicht nur Hilfen zur vorschulischen und schulischen Bildung, sondern auch politische Partizipation, die nicht erst am Ende der Integration stehen dürfe, quasi als „Belohnung“ für „gutes Verhalten“, so Otero. Bei der noch wachsenden Bedeutung Deutschlands als Zuwanderungsland „muss die Aufnahme-gesellschaft noch erhebliche Anstrengungen sowohl im Bereich der Anpassung des Erziehungs- und Bildungssystems als auch der Formen und Verfahren der politischen Partizipation unternehmen, sagte Otero und wünschte allen für die Lösung dieser Aufgabe ein „Engagement mit kühlem Verstand und mit der erforderlichen Leidenschaft“.

ausländischen Mitbürgers“ hieß. Integration, so Otero, sei nicht in erster Linie eine Frage von ethnischen oder kulturellen Faktoren, sondern von sozialen Bedingungen. Dazu gehören nicht nur Hilfen zur vorschulischen und schulischen Bildung, sondern auch politische Partizipation, die nicht erst am Ende der Integration stehen dürfe, quasi als „Belohnung“ für „gutes Verhalten“, so Otero. Bei der noch wachsenden Bedeutung Deutschlands als Zuwanderungsland „muss die Aufnahme-gesellschaft noch erhebliche Anstrengungen sowohl im Bereich der Anpassung des Erziehungs- und Bildungssystems als auch der Formen und Verfahren der politischen Partizipation unternehmen, sagte Otero und wünschte allen für die Lösung dieser Aufgabe ein „Engagement mit kühlem Verstand und mit der erforderlichen Leidenschaft“.

Helga Humbach

### ■ Ehrenfeld

## Bürger diskutieren über Rahmenplanung

In mehreren Veranstaltungen haben in diesen Wochen die Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, ihre Meinung zu der von der Verwaltung vorgelegten „Rahmenplanung Braunsfeld/Müngersdorf/Ehrenfeld“ zu äußern. An den beiden ersten Abenden, in denen es um Wohnen und grünes Umfeld ging, war die Beteiligung bereits sehr groß und es gab eine Reihe von Anregungen. Ein Mangel der ganzen „Plandiskussion“ besteht darin, dass einige größere Baumaßnahmen, die das Gesicht des Stadtteils prägen werden, bereits so gut wie beschlossen sind.

Auch die Methode, an den einzelnen „Runden Tischen“ zu den jeweiligen Themenabenden lediglich von den Moderatoren vorgegebene Fragen diskutieren zu lassen, hat ein bisschen was von Alibipalaver zur Abwendung späterer Beschwerden. Aber vielleicht entwickelt sich bei ent-

sprechend engagierter Beteiligung an den restlichen Abenden ja noch etwas Konkretes.

Die nächsten Termine: Do., 9.10., Mo., 13.10., Mo., 3.11., Mo., 24.11. (abschließende Bürgerversammlung), jeweils 19.00 Uhr, Aula der Schule Geilenkircher Straße.

### ■ Ehrenfeld

## PDS-OL-Anfrage zum Mauser-Gelände

In einer Anfrage erkundigte sich die Vertreterin der PDS/Offene Liste, Humbach, welche Umweltauflagen für die geplanten bzw. begonnenen Neubauten auf dem ehemaligen Gelände der Maschinenfabrik Mauser erlassen wurden. Vor einigen Jahren mussten Teile des Geländes aufwändig saniert werden, weil sie mit ihren PCB- und Arsenrückständen eine Gefahr für die Bewohner darstellten.

Außerdem wollte die PDS-OL-Vertreterin wissen, ob für Abrisse und Räumungsklagen auf dem Gelände Genehmigungen erteilt wurden. hum

## PDS Offene Liste fordert ihr Mitglied in der Bezirksvertretung I – Innenstadt zum Rücktritt auf

Die PDS Offene Liste fordert ihr Mitglied in der Bezirksvertretung I – Innenstadt, Barbara Koberg, auf ihr Mandat niederzulegen. Begründung: unentschuldigtes Fehlen in den Sitzungen der Bezirksvertretung und mangelndes Engagement. Die Entscheidung war – nach mehrfachen Gesprächen und Hilfsangeboten – bereits in der Mitgliederversammlung im Sommer gefallen. Da sich die Mandatsträgerin aber weiterhin weigert, die Forderung nach Rückgabe des Mandats zu akzeptieren, sieht die PDS Offene Liste keine andere Möglichkeit, als sich an die Öffentlichkeit zu wenden.

Dazu der Sprecher des PDS Kreisverbandes Köln, Michael Kellner: „Die Öffentlichkeit und besonders diejenigen, die die PDS im Bezirk Innenstadt gewählt haben, haben ein Recht darauf zu erfahren, dass die PDS Offene Liste ein solches Arbeitsverhalten nicht akzeptiert.“ Da es bereits Nachfolger gibt, wäre die Lücke bei einer Mandatsniederlegung von Barbara Koberg schnell wieder geschlossen. Allerdings liegt die Entscheidung, die Forderung nach Rückgabe ihres Mandates anzunehmen, in den Händen von Barbara Koberg, da sie vor 4 Jahren für die PDS OL in die Bezirksvertretung I - Innenstadt gewählt wurde.

Michael Kellner,  
Peter Trinogga

## FDP hält am Flüchtlings Schiff fest

Bekanntlich wurden in Köln Hunderte von Flüchtlingen auf dem Wohnschiff „MS-Transit“ eingepfercht. Aufgrund massiver Proteste, nicht zuletzt auch der PDS-Offenen Liste, ist diese unmenschliche Politik mittlerweile revidiert worden. Die Flüchtlinge sind seit Oktober 2003 in anderweitigen Unterkünften untergebracht worden.

Dieses Signal an die Mitmenschlichkeit soll nach dem Willen der FDP im Kölner Rat wieder rückgängig gemacht werden. Nach dem Antrag der FDP-Fraktion vom 22. September 2003 soll die Verwaltung unter anderem „die vertragliche Option einer Weiteranmietung über den 31.12.2003 hinaus wahrnehmen“.

Aus der Begründung geht hervor, dass die FDP in erster Linie vermeiden möchte, dass Flüchtlinge in den „Nobelbezirken“ Rodenkirchen und Lindenthal untergebracht werden; Lieber sollen sie auf dem Kahn im Rhein versauern – so offensichtlich die Intention des FDP Antrages für die Ratssitzung am 7. Oktober 2003.

Höchstwahrscheinlich möchte die FDP-Fraktion ihren Wählern in Lindenthal und Rodenkirchen die Flüchtlinge nicht zumuten. Sie instrumentalisiert das Flüchtlingsthema, um einen Keil zwischen CDU und Grüne im Rat zu treiben, nachdem sie sich selber als Koalitionspartner disqualifiziert hat. Demgegenüber ist das Flüchtlingsthema zu ernst, um für parteipolitische Spielchen missbraucht zu werden. Mit ihrem Ansinnen schürt die FDP zudem potenzielle rassistische Ressentiments gegen Flüchtlinge.

An dieser Stelle sei gleich noch mit einem weiteren Klischee gegen Flüchtlinge aufgeräumt. Erst kürzlich fanden in sechs Kölner Flüchtlingsunterkünften Großrazzien statt. Bei 700 überprüften Flüchtlingen wurde gerade mal ein Fall von Sozialhilfemissbrauch festgestellt. Damit ist die These widerlegt, dass „die Flüchtlinge“ als Sozialschmarotzer anzusehen seien.

Nach Auffassung der PDS-Offenen Liste sollte die Stadt Köln, wie bereits in Münster praktiziert, mit den gemeinnützigen Wohnungsbauunternehmen in Kontakt treten, um integrative Wohnmodelle zu entwickeln und umzusetzen.

Sengül Senol

## Kölsche Klüngel: Maach et schlääch! „Aus“ für lukrative Mandatsvergabe durch die Stadt

Die seit „unvordenklicher“ Zeit – nachgewiesenermaßen schon seit 1970 – übliche Praxis, Rechtsanwälten, die dem Rat angehören, neben der Verdienstausschlag-Entschädigung (z.Z. Euro 10,50 bis Euro 26,—/Std.) auch noch mit der anwaltlichen Vertretung der Stadt Köln vor den Gerichten zu betrauen, wird durch das Rechtsamt aufgegeben.

Damit waren die bohrenden und hartnäckigen Fragen der PDS-Ratsgruppe nach externen Mandatierungen von amtierenden und ausgeschiedenen Ratsmitgliedern durch die Stadtverwaltung erfolgreich.

Die PDS-Ratsgruppe griff die Sach- und Rechtslage auf und brachte im Ausschuss „Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen“ am 2. Juni und 18. Juli 2003 einen Fragen-dekalog ein. Die Verwaltung reagierte prompt und ungeschminkt. Sie nannte Ross und Reiter: Rechtsanwälte mit CDU- oder SPD-Parteibuch wurden allein von 2000 bis 2002 insgesamt 550 mal auf Kosten der Kölner Bürgerschaft extern mandatiert.

Immerhin belief sich der in diesen drei Jahren an Politjuristen gezahlte Betrag auf insgesamt 912.000,— Euro, pro Fall mithin rund 1.660,— Euro. Den

Gesamtaufwand von 912.000,— Euro teilten sich 26 Advokaten. von CDU und SPD. Für jeden sprangen dabei etwa 35.000 Euro heraus. Einige von ihnen erhielten deutlich mehr Aufträge als die übrigen aktiven und ehemaligen Rechtsanwälte aus dem Stadtrat. Im aktuellen Haushaltssicherungskonzept 2003/2004 sind Euro 544.900,— eingestellt worden. Da das Rechtsamt bereits in diesem Jahr schon vor seinem Sinneswandel 73 externe Mandatierungen vorgenommen hat, die nicht zu-

rückgenommen werden können, werden diese Anwälte noch eine Weile städtische Pfründe erhalten. Sie sollten, soweit verfahrensrechtlich vertretbar, ihr Mandat zurückgeben.

Neben den Anwaltsgebühren erhielten und erhalten diese Ratsmitglieder auch noch eine Verdienstausschlag-Entschädigung bis zum Stunden-Höchstsatz für die Teilnahme an Sitzungen im Rat und seinen Ausschüssen, sofern es ihnen aus steuerrechtlichen Gründen überhaupt opportun erscheint, eine Verdienstbescheinigung der Anwaltskammer beizubringen.

Diese Geldquellen für eine hausgemachte Korruption trocknen jetzt allmählich aus, teilweise sind sie für immer versiegt. Die Presse nahm die Nachricht davon mit Erleichterung und Genugtuung auf, die PDS-Gruppe ebenfalls.

Wolfgang Breuer



## Bitte kostenlos schicken



Zeitung der PDS Offenen Liste im Rat der Stadt Köln  
V.i.S.d.P. PDS Ratsgruppe, Haus Neucorburg, Gülichplatz 3, 50667 Köln,  
Telefon: 221-27840 Fax: 221-27841, e-mail: pds-gruppe@stadt-koeln.de

- Ich möchte den Platzjabbek zugeschickt bekommen  
 Mehr Informationsmaterial zum Thema:

- Ich möchte in den nächsten Monaten an den Aktivitäten der PDS Offene Liste teilnehmen

Absender/in:

Name: \_\_\_\_\_

Vorname: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_

PLZ \_\_\_\_\_

Ort \_\_\_\_\_

An die PDS-Offene Liste  
im Rat der Stadt Köln  
Gülichplatz 1-3  
Postfach 103 564  
50475 Köln